

Sehr geehrte Damen und Herren!
Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Ich bin AHS-Lehrerin, 61 Jahre alt und werde voraussichtlich noch weitere drei Jahre Deutsch und Englisch bis zu meiner Pensionierung unterrichten. Das heißt, das neue Lehrerdienstrecht, wird mich persönlich als Arbeitnehmerin nicht mehr tangieren. Dennoch bin ich äußerst betroffen von dem, was Sie uns bzw. meinen jüngeren Kollegen und Kolleginnen zumuten.

Von den vielen Ungeheuerlichkeiten möchte ich nur zwei Punkte hervorheben:

1. Sie wollen unsere Lehrverpflichtung von 20 auf 24 Stunden anheben, die wir, wie es immer so schön heißt, „in der Klasse stehen sollen“. Das bedeutet eine Wochenarbeitszeit von 48 Stunden! – Mein Installateur hat eine 35-Stunden-Woche!

Wir stehen nämlich nicht nur in der Klasse, sondern wir unterrichten, und wir müssen unseren Unterricht vorbereiten und nachbereiten. Wenn wir Sprachen oder Mathematik unterrichten, müssen wir auch Hausübungen ansehen und Schularbeiten verbessern. Das heißt, bei diesen Fächern arbeiten wir in der Regel länger zu Hause als die zusätzliche Stunde, die uns in unserem bisherigen Gehaltsschema dafür bezahlt wird.

2. Mir ist noch immer nicht ganz klar, wie die neue Ausbildung für Lehrer aussehen soll. Ich habe die zwei Fächer, die ich jetzt unterrichte, an der Universität studiert und fühle mich, ich glaube zurecht, als Fachmann auf meinem Gebiet. Ich bin sicher nicht in der Lage, mit meinen Fachkenntnissen in der AHS Mathematik zu unterrichten. Genauso wenig würde ich es gut heißen, wenn auf einmal ein Mathematiker meinen Englisch- oder meinen Deutsch-Unterricht halten sollte, auch wenn jedermann meint, Deutsch kann er ja eh!

Sie haben mit dem neuen Lehrerdienstrecht ein ungeheures Sparpaket geschnürt, unter dem nicht nur die jungen Lehrer leiden werden, sondern das, - was noch viel schlimmer ist, - unseren Kindern und Kindeskindern zum Verhängnis werden wird. Es geht Ihnen offensichtlich nicht darum, dass die Schüler und Schülerinnen eine gute Ausbildung erhalten, sondern darum, ein möglichst billiges Aufsichtspersonal für die Kinder berufstätiger Eltern zu bekommen.

Es wäre schön, wenn dieses neue Lehrerdienstrecht nicht nur unter dem Gesichtspunkt geschnürt würde, wie kann ich möglichst kostengünstig die Kinder berufstätiger Eltern beaufsichtigen, sondern wie gebe ich unserer Jugend die bestmögliche Bildung.

Vielleicht könnten Sie noch einmal darüber nachdenken, welche Auswirkungen eine so eklatante Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eines ohnehin bereits äußerst geforderten Berufsstandes haben würde.

Mit freundlichen Grüßen
OStR Mag. Siegrun Liebert

Goethe-Gymnasium
Astgasse 3
1140 Wien

Wien, den 19. 9. 2013